

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## Indisch-pakistanische Gespräche

Die vom 1. bis zum 3. Januar in Islamabad abgehaltenen indisch-pakistanischen Regierungsgespräche zur Reduzierung der Spannungen zwischen beiden Ländern, die ersten seit 18 Monaten, sind offenbar ohne greifbares Ergebnis geblieben. Der indische Delegationsleiter und Staatssekretär im indischen Außenministerium, J.N. Dixit, behauptete zwar nach den Unterredungen mit seinem Amtskollegen Shaharyar Khan, Präsident Farooq Lehgari, Benazir Bhutto und Außenminister Aseef Ahmed Ali, daß sich hinsichtlich der Eindämmung des nuklearen Wettrüstens auf dem Subkontinent und in der Frage eines beiderseitigen Truppenabzugs am umkämpften Siachen-Gletscher in Kaschmir eine Annäherung beider Seiten abgezeichnet habe. Als zuverlässiger Indikator für den tatsächlichen Verlauf der Gesprächsrunden ist jedoch zu beachten, daß kein Termin für eine Fortsetzung des Dialogs vereinbart worden ist. Nach Angaben von Beobachtern verlangt die pakistanische Seite zuvor eine Verbesserung der Menschenrechtsslage im indischen Teil Kaschmirs. Die Menschenrechtsfrage erfüllte schon im Vorfeld der Verhandlungen politische Hebefunktionen: Auf Drängen der USA hatte Pakistan im November darauf verzichtet, in der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine schon vorbereitete UN-Resolution zur Verurteilung indischer Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir zu beantragen. Auf offensichtlich amerikanischen Druck hin mußte die indische Regierung als Gegenleistung versprechen, an den bilateralen Verhandlungstisch zurückzukehren.

## PM Bhutto auf PR-Tour

Zumindest was ihre Reiseaktivitäten betrifft, setzt Benazir Bhutto gleich zu Beginn ihrer Amtszeit auf dem Gebiet der Außenpolitik deutliche Akzente. So stand der Monat Dezember ganz im Zeichen einer Serie von Auslandsreisen der Premierministerin. Nach einem einwöchigen Antrittsbesuch im Nachbarland Iran, wo Bhutto mit allen füh-

renden Politikern des 'Gottesstaates' zusammentraf, folgte vom 10. bis 12. Dezember ein dreitägiger Besuch in der Türkei. Hier sorgte vor allem die Begegnung mit ihrer Amtskollegin Tansu Ciller für Aufsehen. Die beiden Politikerinnen werteten das erste Treffen zweier Regierungschefinnen muslimischer Länder übereinstimmend als Beweis für die Fortschritte der Politik in der islamischen Welt. "Wir haben die Toleranz der islamischen Botschaft demonstriert", hieß es nach den offiziellen Gesprächen in einer Pressekonferenz. Bhutto und Ciller gaben bei dieser Gelegenheit bekannt, daß sie im Januar als Gäste der Solidarität mit den Frauen Sarajevos eine gemeinsame Reise in die eingeschlossene bosnische Hauptstadt planen. Inhaltlich soll es sich bei den Beratungen um einen Gedankenaustausch über die Konflikte in Zypern, Kaschmir, Bosnien-Herzegowina und in Aserbaidschan gehandelt haben. Auch über eine Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie soll gesprochen worden sein. Vom 27. bis zum 29. Dezember führte Bhutto ein Staatsbesuch in die Volksrepublik China, in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und auf dem Gebiet der Kerntechnologie ein bedeutender und bewährter Verbündeter Pakistans. Anzeichen für eine mögliche Entspannung der chinesisch-indischen Beziehungen und ungewohnt zurückhaltende Formulierungen chinesischer Spitzenpolitiker in offiziellen Stellungnahmen zur Kaschmirfrage hatten in jüngster Zeit in Islamabad für Unruhe gesorgt. Ein Kurzbesuch in Nordkorea am 29. und 30. Dezember rundete das Reiseprogramm der pakistanischen Premierministerin ab.

## Bhutto zur alleinigen PPP-Vorsitzenden gewählt

Die amtierende Premierministerin Benazir Bhutto ist am 5. Dezember, dem 26. Gründungstag ihrer 'Pakistan People's Party' (PPP), vom 35-köpfigen Zentralkomitee der Partei einstimmig zur alleinigen Vorsitzenden gewählt worden. Damit verdrängt die 40jährige Politikerin ihre Mutter Nusrat Bhutto aus diesem Amt, das sich die beiden

Frauen bisher geteilt hatten. Nusrat Bhutto protestierte öffentlich gegen ihre Absetzung und den - wie sie es nannte - "Verrat" ihrer Tochter. Die der Wahl ferngebliebene Witwe des Parteigründers und 1979 hingerichteten Ex-Premiers Zulfikar Ali Bhutto reklamierte, daß sie von ihrem Ehemann auf Lebenszeit zur Parteivorsitzenden ernannt worden sei.

## Eskalierende Familienfehde spaltet Bhutto-Clan

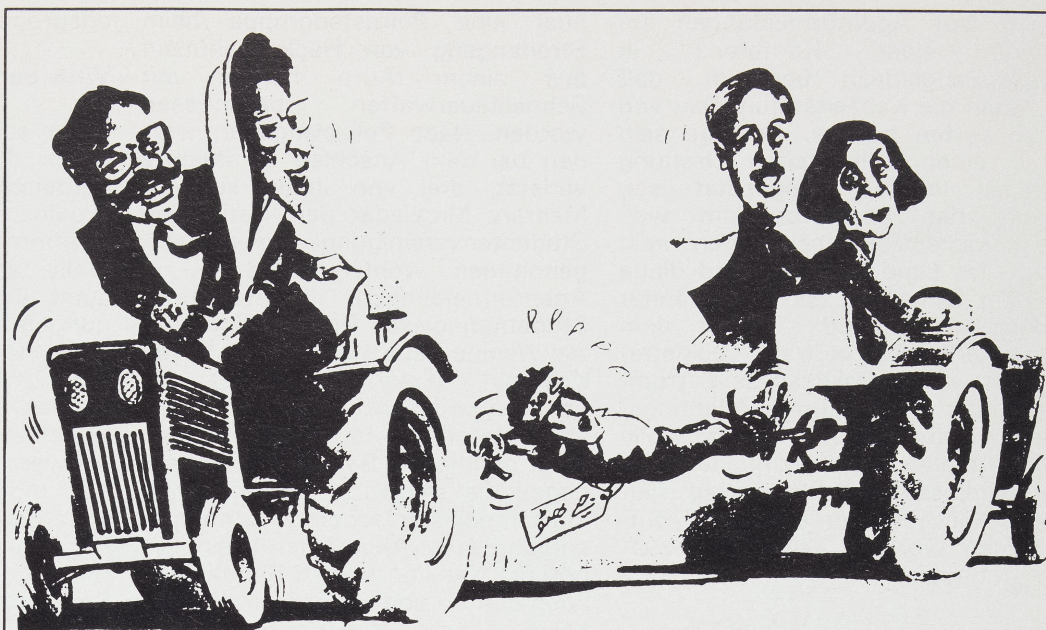
Die Rückkehr von Murtaza Bhutto, des jüngeren Bruders von Benazir Bhutto, aus dem syrischen Exil nach Pakistan (siehe Kurzinformationen 'Südasiens', 8/93) hat einen für die Premierministerin bedrohlichen Machtkampf um die Führung der Bhuttos und das politische Familienerbe ausgelöst, der auch die PPP spalten könnte. Obwohl Murtaza als Chef der Terrororganisation 'Al Zulfikar' zur Zeit in Untersuchungshaft sitzt und zahlreichen Gerichtsverfahren entgegenseht, beansprucht er als einziger noch lebender männlicher Nachkomme des von vielen PPP-Anhängern fast als Heiligen verehrten Zulfikar Ali Bhutto nicht nur den ersten Platz in der Familienhierarchie, sondern auch immer offener die Nachfolge seines Vaters als Politiker. Schwester Benazir, bisher in diesen Positionen unangefochten, verübelte es ihrer Mutter Nusrat Bhutto, daß sie im öffentlich ausgetragenen Zwist der Geschwister für den Bruder Partei ergriff. So führte Nusrat bei den Oktoberwahlen für ihren abwesenden Sprößling den Wahlkampf, der Murtaza einen Sitz im Landesparlament der Provinz Sindh bescherte. Die Folge: Benazir fädelte die Entmachtung ihrer Mutter als Parteivorsitzende der PPP ein (siehe oben). Den Anlaß für eine weitere Verschärfung des Familienkonflikts bot der 66. Geburtstag von Zulfikar Ali Bhutto, der am 5. Januar wie in den Jahren zuvor mit einer Prozession der Familienangehörigen und Anhänger zum Grab des hingerichteten Politikers begangen wurde. In Erwartung gewalttätiger Zusammenstöße ließ Benazir Bhutto Demonstrationen von Murtaza-Gefolgsleuten im Umkreis der



in der Nähe der sindhischen Kleinstadt Larkana gelegenen Grabstätte verbieten. Als sich dennoch rund 200 Anhänger ihres Bruders unter Führung von Nusrat Bhutto zu einer Gegen-Prozession versammelten, schoß die Polizei in die Menge, tötete dabei einen Jugendlichen und verletzte mindestens sechs weitere Menschen. Während ein Sprecher der sindhischen Provinzregierung erklärte, daß die Polizisten erst geschossen hätten, nachdem die aufgeführten Demonstranten mit Schlagstöcken auf die Ordnungshüter losgegangen seien, beharrte Nusrat Bhutto auf ihrer Version, wonach die Polizei grundlos und ohne Vorwarnung Tränengas und Gewehrpatronen in die friedliche und unbewaffnete Versammlung gefeuert habe. Beobachter prophezeien nun, daß Nusrat und Murtaza ihre Rolle als "Märtyrer" nutzen werden, um auch innerhalb der PPP eine Front gegen Benazir zu eröffnen. Trotz ansonsten relativ stabiler innenpolitischer Verhältnisse sieht die Premierministerin schweren Zeiten entgegen, da sich ihr Trumpf in eine Schwäche verwandelt hat - ihre Familie.

**ai rügt massive Menschenrechtsverletzungen**

Die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international (ai) hat von der neuen Regierung in Islamabad sofortige Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Pakistan gefordert. In einer am 7. Dezember in London und Bonn zusammen mit einer umfangreichen Pakistan-Dokumentation veröffentlichten Presseerklärung prangert ai vor allem das "weitverbreitete und systematische Foltern und Vergewaltigen in Polizeihaft, außergerichtliche Hinrichtungen und das Verschwindenlassen von Menschen" an. Diese Praktiken hätten im 18-monatigen Berichtszeitraum von 1992 bis zur Jahreshälfte 1993 ein "ungeheures Ausmaß" erreicht. Um Geständnisse zu erpressen, würden Menschen geblendet, mit dem Kopf nach unten aufgehängt, mit Stöcken oder Lederriemen geschlagen, mit Stiefeln getreten, mit



So sieht die 'Friday Times' die Familienfehde: Benazir Bhutto und ihr Ehemann gegen Benazirs Mutter und Bruder. Dazwischen der Bürger.

Zigaretten und Elektoschocks gequält, und ihre Genitalien mit schweren Rollen zerquetscht. Außerdem berichtet ai von Fällen, in denen Gefangene von Militärjeeps nackt durch öffentliche Straßen geschleift wurden. An die Adresse der Bhutto-Regierung gerichtet verlangt die Menschenrechtsorganisation eine öffentliche Verurteilung der Folter als gängige Verhörmethode von Polizei und Armee. Außerdem solle Pakistan dem "Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte" beitreten und die "UN-Konvention gegen Folter und sonstige grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung" ratifizieren (zur Situation der Menschenrechte in Pakistan siehe auch 'Südasiens', 8/93).

**Pakistan schließt Grenzübergang zu Afghanistan**

Die seit Anfang des Jahres in der afghanischen Hauptstadt Kabul wieder aufgeflamten Kämpfe zwischen verfeindeten Mujahedin-Gruppen haben eine neue Flüchtlingswelle in Richtung Pakistan ausgelöst. Nach Agenturmeldungen sollen bereits rund 100.000 Menschen den Großraum Kabul mit dem Ziel Jalalabad (Afghanistan) oder Peshawar (Pakistan) verlassen haben. Die pakistanische Regierung reagierte am 13. Januar mit der Schließung des am Khyber-Paß gelegenen Grenzübergangs Torkham, des wichtigsten Kontrollpostens entlang der afghanisch-pakistani-

schen Grenze. Zollbeamte werden in vorliegenden Berichten mit den Worten zitiert, daß mit dieser Maßnahme die Massenflucht afghanischer Flüchtlinge gestoppt werden solle. Der für die Region des betroffenen Grenzabschnitts zuständige Regierungsbeauftragte kündigte an, daß nach der Schließung des Grenzpostens nur noch Afghanen in Besitz eines gültigen Passes mit pakistanischem Visum nach Pakistan einreisen dürfen. Ein namentlich nicht genannter Vertreter der Bundesregierung in Islamabad verteidigte in einem Interview der englischsprachigen Tageszeitung 'The News' die Entscheidung mit dem Hinweis, daß "die pakistanischen Behörden durchaus bereit (sind), den Afghanen Hilfe zu leisten, allerdings in ihrem eigenen Land."

**Debatte über Atomprogramm**

Das pakistanische Atomprogramm war am 7. Dezember erstmals Thema einer Parlamentsdebatte. Auf Antrag von Oppositionsführer Nawaz Sharif ging es als Ausgangspunkt um die Äußerung von Premierministerin Bhutto, daß Sharif das Atomprogramm während seiner Regierungszeit gestoppt habe. Der Ex-Premier dementierte mit den Worten, er habe dem Druck der USA nicht nachgegeben und das Nuklearprogramm fortgesetzt. Seine Partei werde es nicht zulassen, daß nun unter Bhutto die Arbeit daran eingestellt werde. Außenminister Aseef Ahmed Ali hatte zwei Tage



zuvor laut Agenturmeldungen am Rande einer Konferenz in Dhaka/Bangladesh bestätigt, daß Pakistan die Kapazität zum Bau von Atomwaffen besitze. Solange sein Land einer militärischen Drohung seitens Indiens ausgesetzt sei, werde das Atomprogramm weiterentwickelt. Es sei gegen kein spezielles Land gerichtet und diene nur der Sicherung der Souveränität Pakistans. Sobald Indien dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten sei, werde Pakistan sein Atomprogramm zurückfahren. Allerdings, so der Außenminister weiter, wolle seine Regierung vorhandene Mißverständnisse aus dem Weg räumen: Auf höchster Ebene sei entschieden worden, keine Atomwaffen zu bauen.

**Kaschmirischer Separatistenführer wieder auf freiem Fuß**

Die belgischen Behörden haben Amanullah Khan, den am 18. Oktober in Brüssel verhafteten Chef der bedeutendsten kaschmirischen Widerstandsorganisation 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF), am 29. Dezember wieder freigelassen und nach Pakistan abgeschoben. In einem Interview der Wochenzeitung 'Friday Times' bei seiner Ankunft in Karachi berichtete der prominente Separatistenführer, daß die belgische Justiz einen Auslieferungsantrag der indischen Regierung nach gründlicher Prüfung der von den indischen Diplomaten vorgelegten Unterlagen abgelehnt habe. Der JKLF-Chef hielt sich auf Einladung des Europaparlaments in der belgischen Hauptstadt auf, als er aufgrund einer aus Indien vorliegenden Interpol-Fahndung verhaftet wurde. Amanullah Khan konnte seinem unfreiwillig verlängerten Europaaufenthalt auch eine gute Seite abgewinnen: "Durch meine Verhaftung ist die Position der JKLF und auch Pakistans im Kaschmirkonflikt gestärkt worden, da alle großen Zeitungen und die europäischen elektronischen Medien den Vorfall zum Anlaß nahmen, um über das Kaschmirproblem und über die Greuelthaten der indischen Besatzer zu berichten."

**Blutiger Anschlag auf Polizistenpatrouille in "Azad Kashmir"**

In Muzaffarabad, der provisorischen Hauptstadt des von Pakistan kontrollierten Teils von Kaschmir nahe der indisch-pakistanischen Waffenstillstandslinie, ist am 5. Ja-

nuar eine Polizistengruppe beim Streifengang von Heckenschützen aus einem Auto heraus mit Schnellfeuerwaffen beschossen worden. Nach Polizeiangaben wurden bei dem Anschlag elf Beamte verletzt, drei von ihnen schwer. Mehrere Mitglieder der 'Nationalen Studentenvereinigung' seien festgenommen worden, hieß es in Agenturmeldungen. Hintergrund: Studenten dieser Organisation hatten wenige Tage zuvor in der "Azad Kashmir" (Freies Kaschmir) genannten und von Islamabad offiziell als autonomer kaschmirischer Freistaat definierten Region aus Protest gegen die zeitgleich stattfindenden indisch-pakistanischen Kaschmirgespräche zum Abbau der Spannungen um das von beiden Staaten beanspruchte und gegenwärtig geteilte frühere Himalayafürstentum zum Generalstreik aufgerufen.

**Weltbank fördert pakistanisch-iranisches Pipelineprojekt**

Für den Bau einer geplanten Gaspipeline zwischen Pakistan und Iran, die umgerechnet rund 6,2 Milliarden DM kosten soll, hat die Weltbank finanzielle Förderung zugesagt. Laut Shahid Hassan, Wirtschaftsberater von Benazir Bhutto, sind beide Länder nicht in der Lage, das Projekt allein zu finanzieren.

**Diskriminierender Personalausweis wird nicht eingeführt**

In Zukunft wird es in den pakistanischen Personalausweisen doch keinen Vermerk über die Religionszugehörigkeit des Inhabers geben. Dies gab die Regierung Ende Dezember bekannt. Vor allem religiöse Minderheiten wie Christen, Hindus und Ahmadi und pakistanische Menschenrechtsgruppen hatten gegen das heftig umstrittene Projekt mit dem Argument protestiert, daß diese Maßnahme der gesellschaftlichen Diskriminierung und Verfolgung Andersgläubiger Vorschub leiste. Die Sharif-Regierung hatte ihr Vorhaben damit begründet, daß ein Vermerk "Religionszugehörigkeit" in der Identitätskarte für das Funktionieren des in Pakistan praktizierten separaten Wahlsystems, das Nicht-Muslimen bei Urnengängen nur die Wahl von parlamentarischen Minderheitsvertretern erlaubt, unerlässlich sei. Doch auch die Existenz dieses ebenfalls als diskriminierend empfundenen Wahlrechts wird von den Sprechern der betroffenen Religi-

onsgruppen lautstark kritisiert.

**Virus bedroht Baumwollernte**

Die schon im vergangenen Jahr durch die Flutkatastrophe arg gebeutelten Baumwollfarmer in der Provinz Punjab, wo 85 Prozent der gesamten pakistanischen Baumwolle angebaut werden, müssen auch in diesem Jahr ihre Hoffnungen auf eine Rekordernte begraben: Eine verheerende Virusepidemie hat im fruchtbaren Norden des Landes fast ein Drittel der Baumwollpflanzen vernichtet. Besonders schwer sind die Anbaugelände in der Industriefebene betroffen, wo viele Bauern ihre gesamte Ernte unterpflügen mußten. Da Baumwollprodukte wie Textilien, Garne und Rohbaumwolle rund 80 Prozent der pakistanischen Exporte ausmachen, dürfte die geringere Ernte auch das angestrebte diesjährige Wirtschaftswachstum spürbar dämpfen, wie Experten befürchten. Die Bedeutung der Baumwollernte für die pakistanische Wirtschaft läßt sich an folgenden Zahlen ablesen: Im vergangenen Jahr exportierte das südasiatische Land Baumwollprodukte im Gegenwert von mehr als 1,5 Milliarden US-\$ (davon 700 Mio. an Baumwolltextilien, 650 Mio. an Baumwollgarnen und 200 Mio. an Rohbaumwolle). Mit einem Ertrag von elf Millionen Ballen (1991) gilt Pakistan nach China und den USA als weltweit drittgrößter Baumwollproduzent. In diesem Jahr hatte man gar mit einer Ernte von 12 Millionen Ballen gerechnet. Dieses Ziel ist jetzt nach Ansicht des zuständigen Staatsministers Ahmed Mukhtar nicht mehr zu erreichen. Der Politiker hofft nun, daß zumindest eine Produktion von 10 Millionen Ballen erzielt werden kann.

Daß der gefürchtete Baumwollvirus überhaupt die Monokulturen in diesem Ausmaß befallen konnte, haben die Bauern nach Ansicht des Direktors des staatlichen Baumwollforschungsinstituts in Faisalabad, Waheed Sultan Khan, selbst verschuldet. Aus Nachlässigkeit oder aus Kostengründen hätten sie es im vergangenen Jahr versäumt, ausreichend vorbeugende Pestizide zu versprühen. Nach Meinung pakistanischer Umweltgruppen, die diese Sichtweise in Stellungnahmen scharf kritisierten, könnte gerade der massive und unkontrollierte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Vergangenheit für die derzeitige Epidemie inzwischen resistenter Viren verantwortlich sein.